



Frauen Union

Frauen Union der CDU · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin

Grünbuch „Demografischer Wandel“

DG EMPL/E/1

J-27 01/122

Europäische Kommission

B-1049 Brüssel

Belgien

Berlin, 30.08.05

DG EMPL / E.1 "ARRIVEE"
05 -09- 2005
Attrib.: A 182 59

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit sende ich Ihnen einen Beschluss des Bundesvorstandes der Frauen Union der CDU Deutschlands zum Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ mit der Bitte um Berücksichtigung bei den weiteren Beratungen.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage

Frauen Union der
CDU Deutschlands

Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
Telefon 030/22070-452
Telefax 030/22070-439
www.frauenunion.de
fu@cdu.de

Bundesgeschäftsführerin
Claudia Hassenbach

CDU

Grünbuch der Europäischen Kommission „Angesichts des demografischen Wandels- eine neue Solidarität zwischen den Generationen“

Der Bundesvorstand der Frauen Union der CDU Deutschlands hat in seiner Sitzung am 28.08.2005 folgenden Beschluss gefasst:

Die Frauen Union der CDU Deutschlands -

- begrüßt, dass die Europäische Kommission mit der Vorlage des Grünbuches „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ dies Thema aufgegriffen hat. Die Zukunft Europas wird maßgeblich davon abhängen, ob und wie sich die Europäische Union der demografischen Entwicklung stellt.
- bewertet das Grünbuch als ersten Schritt für eine Debatte, die auch auf europäischer Ebene zu führen ist, da die fortschreitende europäische Integration eine gemeinschaftliche Politik notwendig macht.
- betont aber zugleich, dass die Europäische Union in strikter Anwendung des Subsidiaritätsprinzips nur das regeln sollte, was auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene nicht ausreichend verwirklicht werden kann.
- befürwortet die Absicht der Kommission, den Fokus nicht nur auf ältere Arbeitnehmer und auf Fragen einer Rentenreform zu beschränken, sondern die Betrachtung auf alle Bereiche des Lebens auszudehnen. Die Notwendigkeit, Familienpolitik nicht ausschließlich als Sozialpolitik, sondern als umfassende Bevölkerungspolitik zu verstehen, bedarf weiterer Schritte.
- unterstützt das Ziel der Europäischen Union, das Gleichgewicht und die Solidarität zwischen den Generationen sicherzustellen, indem auch die besonderen Probleme der jüngeren Generation Beachtung in der Politik der Europäischen Union finden sollen.
- befürwortet das Ansinnen der Europäischen Union, Gedankenaustausch und eine regelmäßige Analyse des demografischen Wandels und seiner Auswirkungen auf die Gesellschaften und die einschlägigen Politikbereiche zu fördern. Vorgeschlagen wird ein zweijähriger Rhythmus.

- erwartet im Zusammenhang mit der weiteren Umsetzung der EU – Strukturpolitik auf nationaler und regionaler Ebene und der noch zu erarbeitenden Schwerpunktsetzung für die EU Förderperiode 2007 – 2013, dass der demografische Wandel maßgebliche Berücksichtigung findet.
- sieht in der Wahlfreiheit für Eltern hinsichtlich ihrer Lebensgestaltung und der Erziehung ihrer Kinder den Kernpunkt der Familienpolitik und fordert die Kommission auf, im Rahmen ihrer vertraglichen Kompetenzen zu prüfen, inwieweit geeignete Maßnahmen unterstützt werden können, die die bereits bestehende Wahlfreiheit fördern.